

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Dr. Sahra Wagenknecht, Wolfgang Gehrcke, Dr. Dietmar Bartsch, Andrej Hunko, Dr. Alexander S. Neu, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Zypern in der Krise – Eine Bilanz

Infolge der weltweiten Finanzkrise in den Jahren 2007 und 2008 geriet auch Zypern in eine ökonomische Schieflage. Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung stiegen stark an. Zyprische Banken hielten einen Großteil ihrer Anlagen in griechischen Staatsanleihen. Die hohe Anzahl an notleidenden Krediten und die Auswirkungen einer „Gläubigerbeteiligung“ für Eigentümer griechischer Anleihen führten zu weiteren Verlusten bei den zyprischen Banken. Die zyprische Regierung sah sich finanziell nicht dazu in der Lage, den überdimensionierten und in Schieflage geratenen Bankensektor ausreichend zu stützen. Nachdem Zypern Mittel aus dem ESFS und Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) im Juni 2012 beantragt hatte, erarbeitete die Troika einen „Rettungsplan“ für das Land, der eine starke Beteiligung der zyprischen Sparer vorsah (www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/zwangsgabe-in-zypern-sparer-unter-schock-a-889378.html). Dieser „Rettungsplan“ wurde im März 2013 vom zyprischen Parlament abgelehnt. Trotzdem wurde im weiteren Verlauf ohne Parlamentsbeteiligung weiter verhandelt. Nach der Wahl eines neuen Staatsoberhauptes kam es im März 2013 zur Festlegung neoliberaler Strukturanpassungsprogramme und zur Kürzung öffentlicher Ausgaben.

Die im Memorandum of Understanding (MoU) verhandelten Bedingungen für einen Hilfskredit in Höhe von 10 Mrd. Euro aus Mitteln des ESM umfassten u. a. die Abwicklung der Laiki-Bank und eine Umstrukturierung der Bank of Cyprus. Infolgedessen verloren einige Sparer, aber auch Unternehmen und öffentliche Einrichtungen bis zu 47,5 Prozent ihrer Einlagen (www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/bank-of-cyprus-zwangsgabe-auf-47-5-prozent-erhoeht-a-913773.html). Im Rahmen des MoU wurden sogenannte Strukturanpassungsprogramme unter dem Diktum der Haushaltskonsolidierung beschlossen. Diese Maßnahmen trafen direkt Angestellte, Rentner und zyprische Sparer: Gestiegene Arbeitslosigkeit, insbesondere bei jungen Menschen, Insolvenz von kleinen und mittelständischen Unternehmen und ein Einbruch der Wirtschaftsleistung waren die Folge (www.deutschlandfunk.de/zypern-proteste-gegen-sparpolitik.795.de.html?dram:article_id=313327).

Nach Ansicht der Fragesteller werden in Zypern – ähnlich wie in anderen Krisenstaaten – soziale Verwerfungen bei den „Hilfsprogrammen“ nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern die Kürzung von Löhnen, Renten- und Sozialleistungen bei der Kreditvergabe zur Bedingung gemacht.

Laut Berichten der Tageszeitung „DER TAGESSPIEGEL“ und einer Dokumentation des Fernsehsenders „arte“ wurde die zyprische Regierung unter Druck ge-

setzt, einen Verkauf des Griechenlandgeschäftes zyprischer Banken an die griechische Piraeus-Bank unter Wert zuzustimmen (www.tagesspiegel.de/politik/troikaufzypernfrissoderstirbwiederdealdurchgesetztwurde/114111203.html, auch: www.tagesspiegel.de/wirtschaft/klage-vor-dem-europaeischen-gerichtshof-zwang-die-ezb-zypern-zu-einem-milliarden-minus-geschaeft/11389170.html).

Mit keinem Wort erwähnt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die entsprechende Schriftliche Frage 29 der Abgeordneten Sevim Dağdelen (Bundestagsdrucksache 18/4494) die zugrundeliegenden Berechnungen bei der Abstoßung des Griechenlandgeschäftes, noch etwaige Verluste zyprischer Sparer. Sollten sich obige Vorwürfe erhärten, würde es sich nach der Meinung von Nicholas Papadopoulos, Vorsitzender des Finanzausschusses im zyprischen Parlament, „um einen der größten Skandale in der Geschichte der Eurozone“ handeln (www.tagesspiegel.de/wirtschaft/klage-vor-dem-europaeischen-gerichtshof-zwang-die-ezb-zypern-zu-einem-milliarden-minus-geschaeft/11389170.html).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viel Prozent der durch die bisher durchgeführten Anpassungsprogramme realisierten fiskalischen Anpassung des zyprischen Haushalts ergaben sich nach Kenntnis der Bundesregierung durch zusätzliche Einnahmen, und wie viel Prozent ergaben sich durch Ausgabenkürzungen?
2. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Nettoprivatvermögen in Zypern seit dem Jahr 2011 entwickelt (bitte nach Jahren auflisten)?
3. Wann und in welchem Umfang ist nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Jahr 2011 Kapital aus Zypern abgewandert (bitte nach Jahren auflisten)?
4. Wann und in welchem Umfang setzte die zyprische Regierung nach Kenntnis der Bundesregierung Maßnahmen zur Konjunkturbelebung (z. B. öffentliche Investitionen in Infrastruktur und Bildung) um?
 - a) Welche dieser Maßnahmen waren Teil des MoU?
 - b) Welche diesbezüglichen MoU-Maßnahmen wurden nicht umgesetzt?
5. Welche einnahmewirksamen Maßnahmen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seitens der zyprischen Regierung seit dem Jahr 2011 durchgesetzt?
 - a) Welche dieser Maßnahmen waren Teil des MoU?
 - b) Welche diesbezüglichen MoU-Maßnahmen wurden nicht umgesetzt?
 - c) Welche konjunkturellen Effekte hatten nach Kenntnis der Bundesregierung die im MoU aufgeführten „einnahmewirksamen Maßnahmen“ (vor allem der Verbrauchssteuer- und Gebührenerhöhungen) auf die zyprische Binnennachfrage?
6. Welche Maßnahmen zur Besteuerung von privaten Vermögen und Unternehmensgewinnen – neben der einmaligen Besteuerung von Konten der Laiki-Bank – wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in Zypern seit dem Jahr 2011 ergriffen, um die staatlichen Einnahmen zu erhöhen?
 - a) Welche dieser Maßnahmen waren im MoU vorgesehen?
 - b) Welche diesbezüglichen MoU-Maßnahmen wurden nicht umgesetzt?
 - c) Wann und in welchem Umfang hat sich die Bundesregierung für die Besteuerung größer Vermögen zur Erhöhung der staatlichen Einnahmen eingesetzt?

7. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die absolute und relative Armut in Zypern seit dem Jahr 2011 verändert (bitte nach Jahren auflisten), und welche weitere Entwicklung erwartet die Bundesregierung bis zum Jahr 2020?
8. Wann und in welchem Ausmaß wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Jahr 2011 in Zypern Lohnkürzungen bei öffentlichen und privaten Beschäftigten umgesetzt?
 - a) Welche dieser Maßnahmen waren im MoU vorgesehen?
 - b) Welche diesbezüglichen MoU-Maßnahmen wurden nicht umgesetzt?
9. Wie entwickelten sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Arbeitslosigkeit und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit (Zahl der arbeitslosen 15- bis 24-Jährigen als Anteil der Erwerbspersonen der gleichen Altersklasse) in Zypern seit dem Jahr 2011?
 - a) Welche Branchen sind nach Kenntnis der Bundesregierung von der diesbezüglichen Arbeitsmarktentwicklung besonders betroffen?
 - b) Wie entwickelten sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Lohnersatzleistungen für Erwerbslose in Zypern seit dem Jahr 2011 (bitte nach Jahren auflisten)?
10. Welche Maßnahmen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bei den Rentenreformen in Zypern umgesetzt?
 - a) Welche dieser Maßnahmen waren im MoU vorgesehen?
 - b) Welche diesbezüglichen MoU-Maßnahmen wurden nicht umgesetzt?
11. Wie haben sich die durchschnittlichen Rentenbezüge nach Kenntnis der Bundesregierung in Zypern seit dem Jahr 2007 entwickelt (in Euro, bitte nach Frauen bzw. Männer, nach Rentengruppe, Beitragsjahren etc. aufschlüsseln)?
 - a) Inwieweit wirken sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anpassungen des Rentensystems auf Rentenbezieher ehemals einkommensschwacher Schichten aus?
 - b) Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Altersarmut (Einkommen geringer als 60 Prozent des Medianeinkommens der über 63-Jährigen) seit dem Jahr 2011 in Zypern entwickelt?
12. Welche Maßnahmen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen einer Strukturreform des Bildungssystems in Zypern ergriffen?
 - a) Welche dieser Maßnahmen waren im MoU vorgesehen?
 - b) Welche diesbezüglichen Maßnahmen des MoU wurden nicht umgesetzt?
13. Wann und in welchem Umfang wurden nach Kenntnis der Bundesregierung Lehrerstellen in Zypern seit dem Jahr 2011 abgebaut?
14. Wann und in welchem Ausmaß wurden nach Kenntnis der Bundesregierung Einsparungen im zyprischen Gesundheitswesen seit dem Jahr 2011 umgesetzt?
 - a) Welche dieser Maßnahmen waren im MoU vorgesehen?
 - b) Welche der diesbezüglichen Maßnahmen des MoU wurden nicht umgesetzt?

15. Inwiefern hat die Bundesregierung, entsprechend ihrer menschenrechtlichen Verpflichtungen, vor der Zustimmung ihrer Vertreter im Gouverneursrat des ESM geprüft, inwiefern mit den Bestimmungen des MoU Eingriffe in soziale und andere Menschenrechte in Zypern vorgeschrieben wurden und inwiefern diese gerechtfertigt, verhältnismäßig, geeignet, nicht diskriminierend und den Wesensgehalt der Rechte beachtend waren?
16. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung zentrale Indikatoren zur Leistungsfähigkeit des zyprischen Gesundheitssystems (z. B. Anteil Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt, Krankenhausaufenthalte, Krankenhausbetten, Anzahl der Ärzte und Pfleger, medizinische Ausstattung) seit dem Jahr 2011 verändert (bitte nach Jahren auflisten)?
17. Welche Auswirkungen hatten nach Kenntnis der Bundesregierungen die MoU-Anpassungen im Gesundheitssystem auf die Höhe der privaten Gesundheitsausgaben (z. B. durch erhöhte Gebühren und gestiegene Eigenanteile)?
18. Welche der vom MoU in den Punkten 3.5 f. geforderten Privatisierungsvorhaben wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seitens der zyprischen Regierung und des zyprischen Parlaments bisher konkret umgesetzt?
 - a) Welche Privatisierungsmaßnahmen öffentlichen Eigentums sind für die Zukunft geplant, und wie werden diese organisiert (z. B. durch eine Treuhandorganisation oder Ähnliches)?
 - b) Wie viele Angestellte sind und waren nach Kenntnis der Bundesregierung von den vereinbarten Privatisierungsvorhaben betroffen?
 - c) Welche Einnahmen konnte der zyprische Staat aus der Privatisierung öffentlichen Eigentums seit dem Jahr 2011 generieren (bitte nach Erlösen aus dem Verkauf von Immobilien und Grundstücken, Wohnungen, Krankenhäusern, Staatsbetrieben der Ver- und Entsorgung, Infrastruktur, öffentlicher Verkehr etc. aufschlüsseln)
19. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell die zyprische Gläubigerstruktur, d. h. wie viele Milliarden (Prozent) der zyprischen Staatsverschuldung entfallen auf ausländische Gläubiger (bitte zwischen öffentlichen und privaten Banken, Versicherungen, Pensionsfonds, Hedgefonds u. a. differenzieren) und einheimische Gläubiger (bitte zwischen öffentlichen und privaten Banken, Versicherungen, Pensionskassen u. a. differenzieren)?
20. Welche Gruppen von Schuldnern zyprischer Banken wären nach Kenntnis der Bundesregierung im Hinblick auf die Zahl notleidender Kredite von den geforderten Zwangsvollstreckungen (www.consilium.europa.eu/de/meetings/eurogroup/2015/02/16/) betroffen?
21. Welche Konsequenzen und Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Auswirkungen der von März 2013 bis April 2015 eingesetzten Kapitalverkehrskontrollen, auch im Hinblick auf ein etwaiges ähnliches Vorgehen in Griechenland?
22. Wie und in welchem Ausmaß beeinflussten nach Kenntnis der Bundesregierung die im MoU verabredeten Kapitalverkehrskontrollen die wirtschaftliche Entwicklung Zyperns?
23. Inwieweit waren nach Kenntnis der Bundesregierung zyprische Unternehmen, Sparer, Rentner, Pensionsfonds und andere inländische Anleger von der Abwicklung der Laiki-Bank und der einmaligen Besteuerung von Sparanlagen der Bank of Cyprus betroffen?

24. Welchen Wert hatte nach Kenntnis der Bundesregierung das Griechenlandgeschäft der drei großen zyprischen Banken kurz vor dem Verkauf an die Piraeus-Bank Ende März 2013, und wie wurde dieser Wert errechnet?
25. Welche Konsequenzen und Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Einschätzungen des Vorsitzenden des zyprischen Finanzausschusses Nicholas Papadopoulos, nach denen Zypern gezwungen wurde, das Griechenlandgeschäft zyprischer Banken weit unter Wert zu verkaufen (www.tagesspiegel.de/wirtschaft/klage-vor-dem-europaeischen-gerichtshof-zwang-die-ezb-zypern-zu-einem-milliarden-minus-geschaef/11389170.html)?

Wie und in welchem Rahmen wird sich die Bundesregierung für die umfangliche Aufklärung dieser Vorwürfe einsetzen?
26. Welche Auswirkungen haben nach Kenntnis der Bundesregierung die EU-Sanktionen gegen Russland auf das zyprische Anpassungsprogramm (www.handelsblatt.com/politik/international/wirtschaftssanktionen-und-der-westen-sanktionen-koennten-zypern-rettung-gefaehrden/9897126-4.html)?
27. Welche Maßnahmen hat nach Kenntnis der Bundesregierung die zyprische Regierung ergriffen, um die Gas- und Ölvorkommen vor der zyprischen Küste auszubeuten, um nach Punkt 5.6 des MoU Zyperns Energiesektor umzugestalten?
28. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung im Hinblick auf die wirtschaftliche und politische Zukunft ganz Zyperns aus dem Umstand, dass der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan und die AKP-Regierung die wirtschaftliche und finanzielle Abhängigkeit des Nordens der Republik Zyperns seit der Invasion und der Teilung der Insel im Jahr 1974 immer wieder zur Einmischung in die Politik der Insel ausnutzten und mit ihrer Politik gegen die Republik Zypern bisher eine Lösung der Zypern-Frage verhindert haben (www.eurotopics.net/de/home/presseschau/archiv/article/ARTICLE162248-Nordzypern-wuerde-Widerstand-gegen-Tuerkei-wagen)?
29. Inwieweit trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan den türkisch besetzten Norden der Republik Zyperns nicht als gleichberechtigten Verhandlungspartner in den Zyperngesprächen ansieht, sondern diesen weiterhin als das „Kind“ der Türkei betrachtet, und warnte, „dass die Türkei keine Annäherung in der Zypern-Frage akzeptiere, die einen Preis habe“ (www.welt.de/print/welt_kompakt/print_politik/article140187389/Hoffnung-auf-Wiedervereinigung-in-Zypern.html)?
30. Welche Maßnahmen hat nach Kenntnis der Bundesregierung die zyprische Regierung für den Fall eines „Grexit“ getroffen (www.faz.net/agenturmeldungen/adhoc/zypern-trifft-vorkehrungen-fuer-grexit-13520907.html)?
31. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass türkische Kriegsschiffe im November 2011 Erkundungsschiffe, die im Auftrag der griechisch-zypriotischen Regierung nach Erdgasfeldern suchen, abdrängten, weswegen zur Unterstützung Zyperns russische Unterseeboote nach Zypern verlegt wurden (NDR, 1. November 2011)?

Berlin, den 29. Juni 2015

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

